Drucksache 17/11171 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchten? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/11171 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

10 Abschlussbericht der Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission I)

Abschlussbericht
der Enquetekommission I
gemäß § 61 Abs. 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/11130

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2405 – Neudruck

Ich darf zunächst dem Vorsitzenden der Enquetekommission I, dem Abgeordneten Bell, das Wort für eine mündliche Berichterstattung geben. Bitte sehr, Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich sehr, Ihnen heute das Ergebnis der Arbeit der Enquetekommission I „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ vorstellen zu können. Das ist das Ergebnis einer sehr intensiven Arbeit, die wir in den vergangenen mehr als zwei Jahren miteinander vollbracht haben. Der Bericht ist insgesamt 264 Seiten stark geworden – und das ist er.

(Dietmar Bell [SPD] hält den Abschlussbericht in die Höhe.)

Ich denke, dass alle Beteiligten ein Stück weit stolz darauf sind, Ihnen das Ergebnis hier im Parlament präsentieren zu können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Die Kommission hat insgesamt 26 Sitzungen durchgeführt. Wir haben elf Anhörungen mit 44 Sachverständigen abgehalten und eine Reihe von Impulsvorträgen gehört. Außerdem haben wir uns entschieden, drei sehr umfangreiche Gutachten in Auftrag zu geben, die sich mit Kernfragen der digitalen Transformation hier in Nordrhein-Westfalen befasst haben.

Das erste Gutachten, das die IW Consult GmbH erarbeitet hat, hat sich mit den Stärken und Schwächen Nordrhein-Westfalens in Bezug auf die digitale Transformation der Arbeitswelt, sortiert nach Regionen, Branchen, Sektoren und Beschäftigten, befasst.

Das zweite Gutachten, vorgelegt durch das Institut für Wirtschaftspolitik und das Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität zu Köln, hat sehr intensiv das Thema „Formen von Erwerbstätigkeit und Anpassungsbedarf des Arbeitnehmer- und Betriebsbegriffs unter arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ untersucht.

Das dritte Gutachten ist beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen – in Auftrag gegeben worden und hat sich mit den inhaltlichen und strukturellen Anforderungen an eine Weiterbildungslandschaft im Rahmen der digitalen Transformation der Arbeitswelt befasst.

Daneben haben sehr umfangreiche Literaturrecherchen zu den einzelnen aufgeworfenen Fragestellungen stattgefunden.

Sie sehen: Es ist viel Arbeitsleistung und viel Knowhow in die Arbeit der Kommission geflossen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit ist im Ergebnis ein hochaktueller Überblick über den Sachstand der Digitalisierung der Arbeit in Nordrhein-Westfalen entstanden, der sicherlich nicht nur fachspezifisch Interessierten zur Lektüre empfohlen sei. Schließlich – davon bin ich überzeugt – haben wir es mit einem tiefgreifenden Strukturwandel zu tun, der Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen wird.

Deshalb ist es sehr erfreulich – als Vorsitzender freue ich mich besonders darüber –, dass es weitestgehend gelungen ist, eine interfraktionelle Verständigung herzustellen, sowohl, was den Text, als auch, was die Handlungsempfehlungen an den Landtag betrifft. Dafür will ich mich ausdrücklich und sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, die in der Enquetekommission gearbeitet haben, bedanken.

Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil es zu Beginn unserer Arbeit nicht zwingend absehbar war. Am Anfang war der Blick ein wenig davon geprägt, dass die eine Seite der anderen unterstellt hat, die Risiken des Transformationsprozesses zu sehr zu betonen und die Chancen zu wenig zu sehen, und die andere Seite der einen das genaue Gegenteil vorgeworfen hat. Dass wir das im kollegialen Diskurs und Austausch auflösen und damit ein gemeinsames Verständnis von Chancen und Risiken des Transformationsprozesses entwickeln konnten, halte ich für durchaus bemerkenswert.

Frau Präsidentin, bei mir läuft keine Zeit. Das ist Ihnen klar?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bell, das ist völlig richtig. Wir schalten die Zeit gleich ein, weil wir sie nicht unabhängig von den Redeblöcken einspielen konnten. Wenn die 10 Minuten erreicht sind, wird Ihnen eine Zeit eingeblendet, sodass Sie für die zweite Hälfte eine Orientierung haben.

Dietmar Bell (SPD): Das reicht mir völlig. Ich wollte eigentlich auch nicht 20 Minuten reden, sondern nur wissen, wo ich ungefähr stehe.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich kann Ihnen das verraten: Sie haben bisher 5 Minuten Redezeit verbraucht.

Dietmar Bell (SPD): Perfekt. – Liebe Kolleginnen, liebe Kolleginnen, die Coronakrise hat aktuell den Blick auf die räumliche Dimension der digitalen Transformation sehr stark geschärft. Homeoffice ist in aller Munde. Bestehende kulturelle Hürden in Unternehmen sind rascher gefallen, als wir uns das vorstellen konnten. Die technischen Voraussetzungen für Homeoffice sind aber schon seit 20 Jahren vorhanden gewesen. Das zeigt, dass Veränderungen nicht nur mit technischen Möglichkeiten zu tun haben. Deshalb ist der Blick des Abschlussberichts auch inhaltlich deutlich weiter gefasst.

Ich werde nun stark verdichtet einige Aspekte des Berichts hervorheben, bin aber sicher, dass die Kollegen, die nach mir sprechen werden, das sehr kompetent ergänzen werden.

Der erste Punkt, den ich herausstellen möchte, betrifft die potenzielle Arbeitsmarktbilanz. Nach Einschätzung nahezu aller Expertinnen und Experten wird, was den Beschäftigungssaldo in Nordrhein-Westfalen angeht, die Bilanz der digitalen Transformation bis zum Jahr 2035 nahezu ausgeglichen ausfallen.

Allerdings ist in dieser Bilanz die Prognose für einzelne Branchen und Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Sehr vereinfacht ausgedrückt, wird mit Arbeitsplatzverlusten im verarbeitenden Gewerbe gerechnet, während Zunahmen der Beschäftigungszahlen in den Branchen „Information“ und „Kommunikation“ vermutet werden. Personennahe Dienstleistungen sind hingegen relativ geschützt vor Beschäftigungsverlusten durch die digitale Transformation.

Damit halten sich nach Auffassung der Kommission Chancen und Risiken des sich verändernden Arbeitsmarktes die Waage. Das ist ein sehr wichtiger Befund für die Menschen in unserem Land. Denn die auch in der öffentlichen Wahrnehmung und in betrieblichen Diskussionen vorhandenen Bilder beschreiben häufig in hohem Maße disruptive Beschäftigungsverluste.

Der Bericht enthält auch Einschätzungen zu den Größenordnungen des zu erwartenden digitalen Umbruchs des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen. Das IAB prognostiziert beispielhaft für Nordrhein-Westfalen, dass 570.000 Beschäftigungsverhältnisse bis 2035 von der Transformation betroffen sein werden.

Ich will deutlich machen, dass die Stärken-und-Schwächen-Analyse, die durch das Gutachten sehr stark angeschärft worden ist, auch ein klares Bild regionaler Substitutionspotenziale durch die digitale Transformation zeichnet. Ich denke, es ist ein wichtiger politischer Befund, darauf einen Blick zu werfen.

Wir diskutieren alle sehr intensiv – auch heute Morgen – über den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Ich will hier betonen: Wenn wir vorbeugende Strukturpolitik machen wollen, sollten wir uns klugerweise in den Ergebnissen dieses Berichts anschauen, wo die digitale Transformation trotz ihrer Substitutionspotenziale wahrscheinlich zu den größten Arbeitsplatzverlusten führen wird. Das ist sicherlich eine Erkenntnis, die dieser Bericht sehr klar und scharf aufbereitet hat.

Der zweite Punkt ist, dass es eine Stärken-und-Schwächen-Analyse auch in Bezug auf die nationale Wettbewerbsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Sie liefert ein gemischtes Bild für Nordrhein-Westfalen. Die Kommission hat sich dazu ein sehr umfangreiches Bild gemacht. Ich will drei Punkte hervorheben, die in ihrer Gegenüberstellung deutlich machen, dass es hier in Nordrhein-Westfalen sehr positive Aspekte gibt, die gleichzeitig aber mit negativen Aspekten korrespondieren.

Wir haben einen hohen Anteil an Beschäftigten in Zukunftsbranchen des Dienstleistungsbereichs. Allerdings ist die Anzahl der Beschäftigten im MINT-Bereich noch ausbaufähig.

Viele Beschäftigte arbeiten in wissensintensiven Dienstleistungen. Allerdings fällt die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe relativ gering aus.

Wir verzeichnen eine hohe Anzahl an Patentanmeldungen. Allerdings liegen wir im Bereich der digitalen Patentanmeldungen nur im Mittelfeld.

Dies sind einige der Beispiele, die in der Kommission erarbeitet worden sind und die meiner Meinung nach kluge Rückschlüsse für politische Forderungen mit sich bringen.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Situation, dass in der öffentlichen Debatte über digitale Transformation häufig die neuen Erwerbstätigkeiten und Beschäftigungsformen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehen. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob Crowd- und Clickworking oder Solo-Selbstständigkeit stark zugenommen haben.

Wir können anhand der fachlichen Analysen, die wir vorgenommen haben, sagen, dass Crowd- und Clickworking für Nordrhein-Westfalen nur eine arbeitsmarktpolitische Nischenrolle spielen – aktuell in einer Größenordnung bis 3,4 % und überwiegend als Nebenerwerbstätigkeit.

Das bedeutet aus unserer Sicht, dass man sich bei der Frage, worauf der Fokus gerichtet werden muss, wenn wir über digitale Transformation reden, deutlich stärker auf die beschäftigungsintensiven Unternehmen konzentrieren muss – insbesondere auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Unterstützung benötigen, um den digitalen Transformationsprozess zu bewältigen. Das ist ein klarer Befund, den wir hier erarbeitet haben.

Es ist zudem sehr deutlich geworden, dass die Anzahl der Solo-Selbstständigen – das war auch für mich eine überraschende Erkenntnis – in den letzten 15 Jahren nicht zugenommen hat, sondern seit den Hartz-Reformen auf einem gleichbleibenden Plateau stagniert. Auch das ist für die Wahrnehmung eine wichtige Einschätzung. Wir können an dieser Stelle nicht davon ausgehen, dass das Normalarbeitsverhältnis rückläufig ist.

Der vierte Punkt, den ich hervorheben möchte, betrifft die Frage der Sozialpartnerschaft. Ich zitiere einmal aus dem Bericht:

> „Der Veränderung in Richtung einer digitalisierten Arbeitswelt wird aktuell bei Teilen der Belegschaften aber eher mit Sorge und Ängsten begegnet. Obwohl die Netto-Beschäftigungseffekte im Zuge der digitalen Transformation der Arbeitswelt voraussichtlich neutral bis positiv ausfallen werden, besteht auf individueller Ebene die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren. Mit wachsender Unsicherheit sinkt die Zufriedenheit der Beschäftigten und damit auch die Akzeptanz von Veränderungen in den Belegschaften. Diese Akzeptanz des Strukturwandels ist aber eine wichtige Vorbedingung für eine erfolgreiche Digitalisierung der Unternehmen. Dafür ist die Verdeutlichung der Humanisierungspotenziale notwendig, die die Digitalisierung eröffnet.
>
> Die Sozialpartner können die Akzeptanz des Wandels erhöhen, indem sie vorhandene Ängste der Beschäftigten aufgreifen und mildern. Durch das Einbeziehen in den Transformations- und Entstehungsprozess und die entsprechende Gestaltungskraft der Beschäftigten können Ängste genommen und die Veränderungsbereitschaft erhöht werden. Auch können die Sozialpartner durch Maßnahmen (bspw. Betriebsvereinbarungen) helfen, die gelebte Betriebspraxis rechtlich zu sichern, um Klarheit für die Beschäftigten zu schaffen.“

Damit besteht die Chance, den Prozess der Transformation zu nutzen, um zu einer Revitalisierung der Sozialpartnerschaft zu kommen. Wir wissen allerdings, dass diese in den letzten Jahren in den Betrieben vielseitiger und bunter geworden ist. Deswegen plädiert der Bericht ausdrücklich dafür, auch alternative Teilhabe- und Beteiligungsmodelle zu erproben und zu evaluieren.

Der fünfte und letzte Punkt, den ich vortragen möchte, betrifft einen wesentlichen Kern des Gutachtens, nämlich die Frage des lebenslangen Lernens und der veränderten Kompetenzanforderungen. Die Digitalisierung schafft neue Kompetenzanforderungen, die in diesem Bericht detailliert beschrieben sind. Diese werden im deutschen Bildungssystem noch nicht hinreichend abgebildet, sodass derzeit ein größeres Bewusstsein für die Bedarfe an lebensbegleitendem Lernen und der Entwicklung von Kompetenzen entsteht.

Dabei ist erkennbar, dass diese Kompetenzanforderung alle Qualifizierungsstufen in der betrieblichen Praxis betrifft. Deshalb werden Modelle der Qualifikation notwendig, die die systematische Weiterbildung der Beschäftigten modernisieren. Hier können die Sozialpartner kooperieren, um für Unternehmen und Beschäftigte neue Konzepte auszuarbeiten, um an der Gestaltung des Wandels der Weiterbildungskultur mitzuwirken.

Diese Entwicklung in Richtung einer Weiterbildungskultur ist derzeit auf beiden Seiten oftmals nicht besonders weit fortgeschritten und zum Beispiel vom Digitalisierungsgrad des jeweiligen Unternehmens abhängig. Zudem ist die systematische Beteiligung an Weiterbildung innerhalb der Betriebe häufig zwischen den Hierarchie- und Qualifikationsebenen ungleich verteilt. Aufgabe von Politik, also von uns, ist es deshalb, die Betriebe in ihren Bemühungen um die Qualifikationsgewinne systematisch zu unterstützen.

Zudem muss die Bildungs- und Weiterbildungslandschaft so ausgestaltet werden, dass sie in der Lage ist, konzeptionell kompetent die Qualifikationserfordernisse zu befriedigen und den hohen quantitativen Qualifizierungsbedarf zu erfüllen. Hierzu enthält der Bericht umfangreiche Vorschläge, deren inhaltliche Diskussion hoffentlich in den nächsten Jahren breiten Raum einnehmen wird.

Wie groß das Bemühen war, auch inhaltlich aufeinander zuzugehen, zeigt der Kompromiss zur Frage der Arbeitszeit, der nach der gemeinsamen Pressekonferenz relativ stark in der Presse rezipiert worden ist. Ich denke, das war ein gutes Beispiel, das zeigt, wie wir gemeinsam als Kommission gearbeitet haben. Jeder hat seine Maximalforderungen an diesen Stellen verlassen müssen. Damit ist das ein klares Signal aus Nordrhein-Westfalen, dass man auch bezüglich der Arbeitszeit zu klugen Lösungen kommen kann, wenn man sich zuhört und gemeinsam nach

Lösungsmöglichkeiten sucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Dieser Kompromiss ist Teil der 120 gemeinsamen Handlungsempfehlungen, die die Kommission erarbeitet hat und nun dem Parlament zur Kenntnisnahme vorliegt. Die Handlungsempfehlungen decken die inhaltliche Breite der Befassung mit dem Thema ab und sind aus meiner Sicht ein guter Handlungsleitfaden, wie wir das Thema der digitalen Transformation fraktionsübergreifend weiterhin konsensuell in diesem Haus bearbeiten können.

Ich wünsche mir sehr, dass das Hohe Haus und die Landesregierung sich intensiv mit ihnen befassen und hieraus entsprechende Initiativen entwickeln. Das wäre auch ein gutes Stück Wertschätzung für die umfangreiche Arbeit der vielen, die an diesem Bericht mitgearbeitet und zum Gelingen beigetragen haben.

Deshalb möchte ich mich jetzt auch bei denen bedanken, die zum Gelingen intensiv beigetragen haben. Als Erstes möchte ich den Sachverständigen und Gutachterinnen und Gutachtern danken, die uns mit ihrer Expertise sehr geholfen und bereichert haben. Ein großer Dank gilt auch den Referentinnen und Referenten der Fraktionen, denen in einer Enquetekommission nicht unerhebliche Arbeit aufgetragen wird. Sehr herzlich möchte ich mich beim Sitzungsdokumentarischen Dienst für die viele verlässliche Arbeit bedanken. Ein ganz großer Dank geht an die Landtagsverwaltung, nämlich Frau Meyer mit ihrem Team. Sie haben das wirklich großartig gemacht und uns jederzeit unterstützt.

Ganz wichtig für die Arbeit in der Kommission war die Mitarbeit der sachverständigen Mitglieder der Kommission. Frau Dr. Voss, Herr Professor Dr. Haipeter, Herr Dr. Klös und Herr Professor Dr. Schneider haben viel Zeit investiert und im besten Sinne Politik mit ihrer Kompetenz in den vergangenen zweieinhalb Jahren beraten und begleitet.

Last, but not least gilt mein herzlicher Dank allen parlamentarischen Mitgliedern der Enquetekommission. Hervorheben möchte ich meine Stellvertreterin, Frau Oellers, und die Sprecher der Fraktionen, die gleich nach mir reden werden. Sie haben mir die Arbeit als Vorsitzendem meistens leicht gemacht.

Es hat Spaß gemacht, mit Ihnen zu arbeiten. Auch für mich war es eine spannende und erkenntnisreiche Zeit. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. Jetzt sind es doch fast 20 Minuten geworden. Auch von unserer Seite herzlichen Dank an Sie und die Kolleginnen und Kollegen der Enquetekommission. – Nun kommen wir zu der Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Marco Schmitz das Wort. Die Zeiten sind aktualisiert eingespielt. Insofern sollte das jetzt auch mit der Uhr klappen.

Marco Schmitz*) (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Es funktioniert mit der Digitalisierung. Die Uhr läuft, und ich kann die Zeit herunterlaufen sehen.

In den insgesamt 26 Sitzungen und Anhörungen der Enquetekommission haben wir nicht nur das heutige Ziel, die Erarbeitung und Fertigstellung des Berichtes, erreicht, sondern wir haben uns auch – das freut mich besonders; Herr Kollege Bell hat schon darauf hingewiesen – fraktionsübergreifend auf insgesamt 120 Handlungsempfehlungen einigen können. Diese richten sich an Bund, Land, Sozialpartner und Unternehmen, also an alle, die an dem Arbeitsmarkt beteiligt sind.

Zwei aufschlussreiche Jahre, in denen zum Ende hin die gegenwärtige Coronapandemie natürlich weitreichenden Einfluss auf die Arbeitswelt hatte und immer noch hat, liegen jetzt hinter uns; zwei Jahre, in denen wir uns mit vielen Fragestellungen beschäftigen konnten: Wie wird die Arbeit der Zukunft aussehen? Wie kann eine humane, sozial ausgewogene und zukunftsfähige Gestaltung der Arbeitswelt gelingen? Wie funktioniert Soziale Marktwirtschaft in einer digitalen Welt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Bundesland hat einiges zu bieten. Es hat wie jedes andere Bundesland im Hinblick auf das wirtschaftliche Profil spezifische Stärken und Schwächen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen trifft eine stark ausgeprägte Dienstleistungsbranche auf ein produzierendes Gewerbe, welches noch einer stärkeren Zukunftsorientierung bedarf.

Die Arbeitswelt wird sich verändern. Daran können wir auch nichts ändern. Das hat sie im Verlaufe der Geschichte schon immer getan. Was wir machen können, ist, diese Veränderung zu begleiten.

Aktuell stehen wir vor einer Entwicklung, in der die Digitalisierung fast alle Arbeitsbereiche durchdringt. Für uns als NRW-Koalition, aber auch für das Haus insgesamt gilt es, die Chancen dieser Entwicklung zu erkennen und zielgerichtet für die Gestaltung der Arbeitswelt zu nutzen.

Die Enquetekommission hat im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik einen Bedarf für die Anpassung der individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten an die betriebliche Notwendigkeit erkannt. Hierbei spielt die Flexibilisierung der tariflichen Wochenarbeitszeit eine zentrale Rolle. Auch wenn die Förderung

mobilen Arbeitens grundsätzlich eine betriebliche Angelegenheit ist, so können wir doch vonseiten des Landes das Ganze durch Maßnahmen unterstützen, beispielsweise durch die Förderung von Coworking Spaces. Wir können auch andere zusätzliche Anreize schaffen.

Um die Vorteile, die der digitale Wandel mit sich bringt, zielorientiert zu nutzen, bedarf es unter anderem auch arbeitszeitpolitischer Neuerungen. Ich bin – genauso wie es der Kollege Bell eben auch schon beschrieben hat – sehr dankbar, dass wir es geschafft haben, uns im Rahmen der Enquetekommission auf eine Handlungsempfehlung zu einigen, mit der wir Experimentierräume schaffen wollen, mit der wir probieren, von der täglichen Höchstarbeitszeit auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umzusteigen, um den Unternehmen, aber auch den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, sich zukunftsfähig an die Arbeitswelt anzupassen.

Die Digitalisierung hat auch große Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung. Ich nenne explizit die E-Government-Lösungen. Im Bericht wurde sich mit den dafür erforderlichen Änderungsprozessen sowie den eingeleiteten landespolitischen Maßnahmen und rechtlichen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. Im Hinblick auf das qualitative und quantitative Angebot ist Nordrhein-Westfalen bereits Vorreiter. Hier hat die NRW-Koalition in den ersten Jahren bereits geliefert.

Dennoch haben wir den noch existierenden Ausbaubedarf erkannt. Beim Ausbau von Open-Data-Angeboten ist die noch erforderliche Vertrauensbasis in die sachgemäße Verwertung der Daten in Wirtschaft und Gesellschaft nicht außer Acht zu lassen.

Der digitale Wandel der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen bringt große Chancen für unser Land mit sich. Deshalb – auch das wurde eben beschrieben; am Anfang war es so – sollten wir uns nicht zu sehr von den Risiken leiten lassen. Nordrhein-Westfalen als Digitalstandort hat enormes Potenzial. Das haben auch die Beratungen in den letzten zwei Jahren gezeigt. Dieses Potenzial wurde von der NRW-Koalition in den letzten Jahren schon mit vielen Initiativen gefördert und steht auch weiterhin ganz oben auf unserer Prioritätenliste. Wir waren es daher auch, die das erste Digitalministerium und den ersten Digitalisierungsausschuss in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Bell, ich möchte mich auch ganz besonders bei Ihnen für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren bedanken. Sie haben es mit Ihrer immer besonnenen und ausgleichenden Art geschafft, uns im Hinblick auf die Handlungsempfehlungen zum großen Teil zu einen. Wir haben nur ganz wenige Sondervoten in unserem Bericht. Das zeigt ja auch, dass die Möglichkeit bestand, hier eine Einigung zu erzielen. Daher – ich glaube, das kann ich auch für den Rest des Hauses sagen – Ihnen einen ganz herzlichen Dank für die Arbeit als Vorsitzender.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ebenso gilt mein Dank aber natürlich auch den Sachverständigen, die uns mit ihrer Expertise tatkräftig unterstützt haben, wie auch den jeweiligen Fraktionsreferenten, die auf Arbeitsebene viel, viel Arbeit geleistet haben, uns entlastet und vieles schon abgeräumt haben.

Zuletzt möchte ich mich aber auch bei Frau Meyer und ihrem Team bedanken. Wir konnten mit allen Fragen und Problemen auf Sie zukommen. Das hat immer funktioniert. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich hoffe, dass wir mit diesem Bericht für unser Haus und unsere Landesregierung die notwendigen Empfehlungen erarbeitet haben, mit denen wir Nordrhein-Westfalen noch weiter fit für die Zukunft machen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz für die Fraktion der CDU. – Für die Fraktion der SPD hat Herr Kollege Schneider das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kennen Sie eigentlich Herrn Tur-Tur? Herr Tur-Tur ist ein Scheinriese. Von Weitem wirkt ein Scheinriese riesengroß. Doch je näher man Herrn Tur-Tur aus der Geschichte „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ kommt, desto kleiner wird er, bis er schließlich menschengroß vor einem steht.

Ähnlich scheint es sich mit Cloud- und Clickwork in der digitalen Arbeitswelt zu verhalten. Von Weitem scheinen die Probleme, die dieser Bereich für die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer mit sich bringt, riesig zu sein. Der Bereich der Foodora-Fahrer, der soloselbstständigen Grafiker und der via Plattform vermittelten Dienstleister scheint riesengroß zu sein und immer größer zu werden und die damit einhergehenden Probleme auch: schlechte Bezahlung, keine Mitbestimmung, wenig soziale Absicherung – Digitalisierung sei Dank.

Auf diesem weitestgehend unregulierten Bereich der sogenannten atypischen Beschäftigungen liegt deshalb der Fokus vieler Diskussionen, die sich um die digitale Transformation der Arbeitswelt drehen.

Doch je näher wir diesem scheinriesigen Problem während unserer Arbeit in der Enquetekommission gekommen sind, desto deutlicher wurde, dass es sich hier nur um ein kleines Phänomen handelt, von

dem nur wenige Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, wie es der Vorsitzende der Enquete gerade schon detailliert beschrieben hat.

Diese Konzentration auf den Scheinriesen – so scheint mir – verstellt unter Umständen den Blick auf das Große und auf das Ganze. Denn tatsächlich ist die Zahl der realexistierenden Arbeitsplätze, die in Zukunft von der Digitalisierung – ja, ich nenne es so – erfasst werden, weil sie schlicht entbehrlich sind, nicht so riesig.

Die gute Nachricht ist: Im Gegenzug werden viele neue Arbeitsplätze entstehen. Die schlechte Nachricht ist: Das wird nicht unbedingt im selben Betrieb sein und ganz bestimmt nicht in den gleichen Berufen.

Darum liegt ein Schwergewicht unserer Empfehlungen auf dem Bereich Aus- und Weiterbildung. Lebensbegleitendes – auch das habe ich während dieser Zeit lernen dürfen –, nicht lebenslanges Lernen, weil sich das dann doch sehr nach Gefängnisstrafe anhört, schützt schlicht vor Arbeitslosigkeit.

Betrüblich ist dagegen der Befund, dass die Bereitschaft zur Weiterbildung dort am geringsten ist, wo sie am nötigsten wäre. Deshalb braucht es zusätzliche auch finanzielle Anreize, aus unserer Sicht ein Transformationskurzarbeitergeld sowie eine gute nationale Weiterbildungsstrategie.

Neben Risiken, die ich gerade problematisiert habe, bietet die Digitalisierung natürlich jede Menge Chancen, zum Beispiel im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Stichwort: Homeoffice. Während der Coronapandemie konnte man sehen, welches Potenzial in der Arbeit von zu Hause steckt. Unsere Empfehlung ist deshalb, Homeoffice wo möglich und gewünscht zu ermöglichen. Sollte der Arbeitgeber dies ablehnen, muss er das begründen. Damit aber die Heimarbeiter oder die mobilen Arbeiter am Ende nicht mit Rückenschäden und schlechten Augen in Rente gehen, bedarf es einer vernünftigen technischen Ausstattung. Im Sinne des Arbeitsschutzes muss man auch dafür sorgen. Das hat aus meiner Sicht überhaupt nichts mit Überregulierung, sondern schlicht mit Vernunft und Vorsorge zu tun.

Gleiches gilt für die Arbeitszeit, die gerade auch schon thematisiert worden ist. Wir alle haben hier keinen Nine-to-five-Job. Unser Vorteil ist aber, dass wir uns selber eine Auszeit, eine handyfreie Zeit genehmigen können. Das ist ein Luxus, den viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht haben. Darum müssen wir natürlich über die Arbeitszeiten sprechen. Eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit kommt der beruflichen Realität heute tatsächlich sehr viel näher. Zur Beantwortung der Frage, wie man die vielen kleinen Unterbrechungen im Privatleben jedoch messen und bewerten soll, braucht es Experimentierräume.

Der vor uns liegende Bericht macht deutlich, wo wir in Nordrhein-Westfalen stehen. Das ist hier schon mehrfach zum Ausdruck gekommen. Er zeigt Stärken und Schwächen unseres Bundeslandes auf. Die Digitalisierung sorgt dafür, dass Arbeit, wie wir sie kennen, räumliche und zeitliche Grenzen überwindet. Das wirkt sich je nach Geschlecht, Bildungsstand und Region, in der wir leben, unterschiedlich aus. Wertvoll sind deshalb die 120 Empfehlungen, die dieser Bericht auch uns als Gesetzgeber dieses Landes gibt.

Ich wünsche mir deshalb, dass wir alle diesen Bericht noch oft in die Hand nehmen, um zu verstehen, was geschieht, um zu diskutieren, was passieren muss, und um zu beschließen, was für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut ist, die auch künftig von ihrer Hände Arbeit leben wollen.

Dass dies gut möglich ist, beweist dieser Bericht, für den ich mich ausdrücklich bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich bedanke. Danke an die Sachverständigen und Referenten der Fraktionen, die den Löwenanteil der Arbeit geleistet haben. Danke auch an die Ausschussassistenz; Frau Meyer ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Danke für Ihre großartige Arbeit.

Das größte Kompliment – damit bin ich am Ende meiner Rede –, das man allen, die beteiligt waren, machen könnte, bestünde darin, aus diesem Bericht und seinen Empfehlungen das Beste für unser Bundesland herauszuholen. Für diesen Weg wünsche ich uns ein herzliches Glückauf und allzeit Gottes Segen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, lieber Herr Kollege Schneider von der Fraktion der SPD. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Abgeordneter Freynick das Wort.

Jörn Freynick[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Chancen der Digitalisierung stehen in diesem Jahr aufgrund der Coronapandemie besonders im Zentrum. Viel zu lange lag das gesellschaftspolitische Augenmerk in diesem Themenfeld primär auf den Risiken. Daher war ich umso mehr erfreut, dass wir uns in dieser Enquetekommission von Anfang an damit befasst haben, inwieweit die digitale Transformation der Arbeitswelt neue positive Möglichkeiten, Chancen und Impulse geben kann.

Wir wollen, dass NRW eine Führungsrolle beim Ausbau von 5G einnimmt. Ebenso muss endlich die Glasfaserinfrastruktur flächendeckend gewährleistet

sein, so wie dies seit dem Jahr 2017 vom derzeitigen NRW-Digitalminister forciert wird.

Neben diesen infrastrukturellen Maßnahmen haben wir aber auch ein besonderes Augenmerk auf die Menschen selbst gelegt. Wir möchten den Beschäftigten in diesem Land mehr Möglichkeiten zu einer selbstbestimmten Arbeit ermöglichen. Daher fassen wir eine Novelle des Arbeitszeitgesetzes ins Auge. Das bedeutet konkret eine Abkehr der Vorgabe einer täglichen Höchstarbeitszeit hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Es gibt Menschen, die auch um 22 Uhr gerne noch ihre E-Mails checken würden. Sie dürfen es aber nicht, zumindest dann nicht, wenn sie morgens um 8 Uhr schon wieder mit der Arbeit beginnen wollen. Das ist rechtlich nicht zulässig.

Die vergangenen Monate haben uns allen im großen Ausmaß gezeigt, dass wir endlich verlässliche und gute Regeln für das Homeoffice und für das mobile Arbeiten brauchen. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist eine Sache.

Uns ist aber genauso wichtig, den Arbeitsschutz hierbei fest im Blick zu behalten. Diesen müssen wir an die Möglichkeiten der Digitalisierung und des mobilen Arbeitens sowie des Homeoffice im Sinne der Menschen anpassen.

Neben der weiteren Stärkung flexibler Arbeitszeitmodelle wie der Vertrauensarbeitszeit wird zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch steuerliche Anreize für mobiles Arbeiten angeregt.

(Beifall von der FDP und Marco Schmitz [CDU])

Ein weiterer positiver Aspekt in der Enquetekommission war nach Meinung der FDP-Fraktion, dass wir die Freelancer und die Selbstständigen stärker in den Blick nehmen müssen. Für Selbstständige, welche bislang nicht pflichtversichert sind, fordern wir unter anderem die Einführung einer Altersvorsorgepflicht in Höhe der Grundsicherung. Dies geht gleichzeitig einher mit dem Vorschlag, die Beitragspflicht von Selbstständigen für die gesetzlichen Krankenversicherungen anzupassen.

Wir verfolgen das Ziel, dass in Zukunft nur noch das tatsächliche Einkommen aus Gewerbebetrieben oder selbstständige Arbeit als Bemessungsgrundlage und Beitragspflicht genommen wird. Die Mindestbemessungsgrenze soll zeitgleich auf 450 Euro gesenkt werden.

Für das Statusfeststellungsverfahren streben wir eine Reform an, nach welcher dann Rechtssicherheit für Erwerbstätige und Unternehmen herrschen soll.

Ein Herzensanliegen der FDP-Fraktion, das wir in Form eines Sondervotums im hinteren Teil des Berichts eingebracht haben, ist das Thema des Freiraumkontos. Dieses Konto sehen wir als wichtigen Baustein der Weiterbildungsrevolution, der jeder Bürgerin und jedem Bürger zugutekommen wird.

(Beifall von der FDP)

Als vom Arbeitgeber unabhängig soll dieses Freiraumkonto Teile des Bruttolohns sowie Boni, Überstunden, ungenutzte Urlaubstage sowie Zahlungen des Arbeitgebers steuer- und sozialversicherungsfrei auf sich verbuchen können. Das angesparte Guthaben kann schlussendlich für Weiterbildung oder für Familienzeiten verwendet werden. Nichts ist ausgeschlossen. Das wollen wir zumindest an dieser Stelle, auch zum Beispiel bei Sabbaticals, nicht tun.

Auszeiten von der Arbeit, weil auch dies einer mentalen Horizonterweiterung dienen kann, finden wir klug.

Die immense Bedeutung eines zweiten Bildungssystems für das gesamte Leben nimmt in Zeiten einer sich nicht nur durch Digitalisierung und Globalisierung wandelnden Arbeitswelt immer weiter zu. Wir brauchen das Konto für eine gerechte und freiheitliche Lösung für Angestellte.

Bei den Herausforderungen der Digitalisierung für die Beschäftigten setzen wir auf das lebenslange Lernen und wollen dies mit einem Midlife-BAföG finanziell unterstützen und begleiten. Menschen mit kleinem Einkommen geben wir damit eine realistische Aufstiegschance unabhängig vom Geldbeutel.

Diese Enquetekommission hat gezeigt, wie wir die Chancen der Digitalisierung für die Transformation der Arbeitswelt nutzen können. Die in diesem Abschlussbericht vorgestellten Empfehlungen werden Nordrhein-Westfalen innovativer, moderner und insbesondere fit für die Zukunft machen.

Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich allen Kollegen und den Experten, die in der Enquetekommission waren. Ich danke Ihnen, Herr Bell, für die nicht immer ganz einfachen Stunden; denn Sie mussten als Vorsitzender der Enquetekommission natürlich auch an vielen Stellen Kompromisse moderieren. Ich finde, das ist Ihnen sehr gut gelungen. Wir alle haben immer konstruktiv unsere Ziele im Blick gehabt und daran gearbeitet. Jetzt geht es darum, dass wir das auf anderen Ebenen umsetzen. Darauf bin ich sehr gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick für die Fraktion der FDP. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter*) (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Arbeitswelt, die Welt um uns herum verändert sich durch die Digitalisierung grundlegend, und sie verändert sich rasend schnell. Die Veränderungen zeigten sich bereits vor der Coronakrise. Es

war insofern gut und ein Stück weit auch weitsichtig, dass der Landtag vor über zwei Jahren diese Enquetekommission zur digitalen Transformation eingesetzt hat.

Wir haben über viele der Entwicklungen und Trends mehr als zwei Jahre lang miteinander verhandelt, etwa dass es mehr Homeoffice geben wird, dass es eine Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen geben wird, dass es eine größere Vielfalt von Beschäftigungsformen geben wird.

Als wir als Kommission dann den größten Teil unserer Arbeit eigentlich abgeschlossen hatten, kam die Coronapandemie und hat gezeigt, dass das, was wir als Trends am Horizont gesehen und verhandelt haben, plötzlich in rasender Geschwindigkeit Realität wird. Insofern war unsere Arbeit vielleicht ein bisschen wegweisend. Auf jeden Fall war sie eine gute Vorbereitung auf das, was wir in den letzten Monaten miteinander als neuen Normalzustand erlebt haben.

Unsere Arbeit als Kommission war davon geprägt, dass wir die Chancen der Digitalisierung gemeinsam in den Mittelpunkt gestellt haben. Viele der lange erkämpften und bewährten Schutzstandards aus der Arbeitswelt geraten durch die Digitalisierung unter Druck. Sie werden herausgefordert.

Wir waren uns in der Kommission im Grundsatz immer darin einig, dass diese Schutzstandards auch in einer sich wandelnden Welt Bestand haben müssen und dass wir in einer sich wandelnden Welt auch schauen müssen, wie wir Flexibilität an den Stellen erreichen, an denen es notwendig ist, ohne die Schutzwirkung dieser Standards infrage zu stellen.

Das ist uns als Kommission, wie ich meine, mit einem sehr weitreichenden Kompromiss auch gelungen. Dieser wird in Bezug auf die Frage der Arbeitszeit auch eine weitreichende Wirkung entfalten. Ich glaube, dass wir darüber noch an vielen weiteren Stellen sprechen werden. Wir werden anhand von Experimentierspielräumen schauen, wo wir etwas anpassen müssen. Diese Diskussion führen wir natürlich gemeinsam mit den Sozialpartnern, damit wir zu für alle Seiten befriedigenden Lösungen kommen.

Wir sind an vielen Stellen weitergekommen, etwa auch bei den rechtlichen Klärungen zu Cloudwork, Clickwork und Gigwork. Wer das nicht versteht, dem seien verschiedene Grafiken empfohlen, anhand derer wir das alles noch einmal wunderbar aufbereitet haben. Die haben auch vielen von uns im Bearbeitungsprozess geholfen.

An vielen Stellen sind wir weitergekommen, aber vielleicht nicht ganz bis zum Schluss. Wir haben uns etwa bei der Frage „Homeoffice“ darauf verständigen können, dass wir Homeoffice stärken wollen.

Das ist im Übrigen auch ökologisch sinnvoll. Uns ist kürzlich eine Greenpeace-Studie präsentiert worden, aus der hervorgeht: Wenn diejenigen, die es können, an zwei Tagen in der Woche im Homeoffice arbeiteten, könnten wir in Deutschland 5,2 Millionen Tonnen CO_2-Emissionen einsparen. Insofern wird die Digitalisierung einen klaren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten.

Aber wir sind an dieser Stelle nicht so weit gekommen, dass wir uns auf das verständigt hätten, was wir eigentlich bräuchten, nämlich ein echtes Recht auf Homeoffice, und zwar ein Recht auf Homeoffice, das so ausgestaltet ist, dass die Beschäftigten wirklich davon profitieren, dass Homeoffice freiwillig und auch alternierend, als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz, begriffen und angeboten wird. Es ist natürlich notwendig, dass das alternierend funktioniert, damit die Beschäftigten auch weiterhin in die Betriebskultur eingebunden sein können.

Selbstverständlich darf Homeoffice auch nicht zu unbezahlter Mehrarbeit führen. Arbeit muss dokumentiert und am Ende auch bezahlt werden. Homeoffice darf nicht zu einer Entgrenzung führen, so wie wir es im Shutdown teilweise faktisch erlebt haben, dass neben dem Homeoffice auch noch Kinderbetreuung anstand, sondern wir brauchen einen klaren Grundsatz: Home ist Home, und Office ist Office.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in der Kommissionsarbeit festgestellt, dass Nordrhein-Westfalen in vielen Sektoren gut aufgestellt ist, dass wir viele Studierende haben und dass wir auch in Zukunftsbranchen stark sind. Aber wir haben natürlich einen Nachholbedarf bei Expertinnen und Experten im IT-Bereich und auch im MINT-Bereich. Eine Herausforderung bedeutet es für uns, die vielen Patentanmeldungen, die wir bei uns im technischen und digitalen Bereich haben, an den Markt zu bekommen. Einen großen Nachholbedarf haben wir auch nach wie vor bei der digitalen Infrastruktur und bei der digitalen Verwaltung.

Eine Erkenntnis ist wirklich sehr wichtig. Das ist auch etwas, was wir in der Kommunikation über diesen Bericht immer wieder mit nach vorne stellen müssen, nämlich dass die Gesamtarbeitsplatzbilanz der Digitalisierung wahrscheinlich positiv sein wird. Wir können insofern auch Ängsten entgegenwirken, allerdings nur dann, wenn wir uns das Thema Bildung und Weiterbildung jetzt vornehmen und das auch entsprechend gestalten.

Ich will, liebe Kolleginnen und Kollegen, mich zum Schluss gerne bedanken. Ich hoffe, dass das noch drin ist, auch wenn meine Redezeit schon abgelaufen ist.

Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen ganz herzlich bedanken, die bekanntermaßen die zentrale Rolle bei der Entwicklung eines solches Berichtes und auch in der Vorbereitung der Debatten spielen. Mein Dank gilt Frau Meyer und Frau Beydeda für die Begleitung der

Enquetekommission seitens der Landtagsverwaltung. Wir haben Sachverständige bei uns gehabt, die uns mit ihrer Expertise bereichert haben.

Lieber Dietmar, du hast uns als Vorsitzender wirklich richtig gut durch diesen Prozess geführt. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank. Das war richtig gut. Wir haben etwas richtig Gutes vorgelegt. Das muss jetzt alles noch umgesetzt werden. Aber du hast uns auf dem Weg sehr gut unterstützt und sehr gut da durchgeführt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“, der ich zwei Jahre lang angehören durfte, legt Ihnen heute ihren Abschlussbericht vor. Etwas mehr als zwei Jahre lang haben wir uns mit Gutachten, Anhörungen und anderer Expertise zum Thema befasst, und das – das sage ich ganz ehrlich – war ein wohltuender Kontrast zu den ansonsten eher von Sprechblasen und häufig auch von Selbstbeweihräucherung geprägten Debatten zu dem Thema.

Die gute Nachricht vorneweg: Alle Experten, egal, von welcher Seite – wir haben es gerade auch schon gehört –, waren sich weitestgehend einig, dass die Nettobeschäftigungseffekte des digitalen Wandels neutral bis vielleicht sogar leicht positiv sein werden. Mit anderen Worten: Die Zahl der Arbeitsplätze wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ändern, zumindest nicht negativ.

Das ist aber kein Grund, sich zurückzulehnen. Dieser echte Strukturwandel wird die Lebenswirklichkeit vieler Menschen erheblich verändern. Es werden in großer Zahl Arbeitsplätze wegfallen, und wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, dass die Bürger, die davon betroffen sind, einen anderen Weg zurück ins Erwerbsleben finden, einen der vielen neuen Jobs bekommen und sich nicht mit Almosen abspeisen lassen müssen.

Damit verbunden ist die Notwendigkeit, den Menschen im Lande diese oft unangenehme Wahrheit ungefärbt und ungeschönt darzulegen. Der vorliegende Bericht tut das an vielen Stellen, an der einen oder anderen Stelle aber auch nicht. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen.

Man kann sich die Breitbandinfrastruktur im Land schönrechnen, indem man sich dafür lobt, dass die Zahl der Anschlüsse in NRW unter den Flächenländern besonders hoch sei. Das hört man hier öfter. Das hört sich ganz nett an, ist aber Quatsch. Denn NRW hat unter den Flächenländern mit Abstand die meisten Ballungsräume, und in Ballungsräumen sind die Anschlüsse selten knapp. Das hat auch nicht mit Ihrer Politik oder der Politik früherer Landesregierungen zu tun.

Auch ist es Selbstlob, die hohe Zahl der Abiturienten in NRW anzuführen. Das ist ein bisschen Augenwischerei. Dafür könnten Sie sich rühmen, wenn die Leistungserfordernisse für ein Abitur deutschlandweit vergleichbar wären. Aber das sind sie bekanntlich nicht.

Vielsagender ist schon der Stand bei den Absolventen in den sogenannten MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, der leider im unteren Mittelmaß liegt oder „nah am bundesdeutschen Durchschnitt“, wie es schamvoll im Abschlussbericht heißt.

Es gibt also keinen Grund zur Schwarzmalerei, aber auch keinen Grund für allzu großes Selbstlob. Wir sind gerade im IT-Bereich in NRW und in Deutschland nicht da, wo wir sein sollten. Die großen Innovationen kamen und kommen aus anderen Ländern, und die Hauptursachen dafür sind Fortschrittsangst, Staatsgläubigkeit und Regulierungswut, die leider schon der Einsetzungsantrag teilweise verströmt hat und die sich folgerichtig dann auch im Abschlussbericht niedergeschlagen haben.

Mut wäre also angebracht, aber der ist in diesem Land leider allgemein nicht überrepräsentiert.

Die Quintessenz lautet daher unserer Meinung nach: Wir stecken bereits mitten in der Digitalisierung; das ist kein Zukunftsthema, sondern ein Gegenwartsthema. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können Digitalisierung, aber wir müssen auch noch einiges tun. Wir haben es hier eben mit, wie ich schon sagte, einem echten Strukturwandel zu tun. Damit haben wir in NRW Erfahrung, aber leider haben wir auch Erfahrung damit, wie man es besser nicht machen sollte.

Wir haben es mit einem Strukturwandel zu tun, der keinen Lebensbereich unverschont lässt, und das ist Herausforderung genug. Wir müssen also alles daransetzen, ihn zu bewältigen. Da müsste man dann auch den Mut haben, zu sagen, dass wir uns in einer so kritischen Phase für unsere Wirtschaft nicht noch jede andere Fantasterei leisten können, also insbesondere nicht die etwas wahnsinnige Klima-, Auto-, Verkehrs- und Industriepolitik, die hier leider von einer ganz großen Koalition zum Schaden unseres Landes durchgesetzt wird.

Wir werden erfolgreich sein, wenn wir auf unsere Stärken schauen, diese erhalten und ausbauen, wenn wir unsere Unternehmen für das digitale Zeitalter ertüchtigen und ihnen nicht immer mehr Steine

in den Weg legen. Aber dazu mal wieder an anderer Stelle mehr.

Zum Schluss möchte ich meine verbleibende Redezeit nutzen und mich bei denjenigen bedanken, die sicherlich die Kärrnerarbeit für den Ausschuss geleistet haben. Ich danke den Mitarbeitern der Fraktionen und den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, natürlich auch den sachverständigen Mitgliedern der Kommission und den Kollegen in der Kommission. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte sehr.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute erst einmal ein herzliches Dankeschön sagen, auch für die Debatte, die hier heute Abend stattgefunden hat. Ich bin schon lange dabei, aber das ist eine der inhaltlich stärksten Debatten über Arbeitsmarktpolitik gewesen, die ich in meinem langen politischen Leben erlebt habe.

Und der zweite Punkt ist, dass ich mich auch ganz herzlich bei Ihnen, Herr Bell, für die viele Arbeit bedanken möchte. Ich kann mir denken, was ein Vorsitzender einer Enquetekommission zu tun hat. Ich danke allerdings auch den Abgeordneten aus den Fraktionen. Denn hier ist ein Werk entstanden, das politische Beurteilungen und Forderungen enthält, hinsichtlich derer sich die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags einig sind.

Deswegen sind die Ergebnisse, die zutage gefördert worden sind, für die weitere politische Debatte über die Frage, was Digitalisierung etwa im Arbeitszeitrecht, im Sozialversicherungsrecht und in anderen Bereichen bedeutet, ein Wert an sich. Ich denke, dass das, was der nordrhein-westfälische Landtag hier erarbeitet hat, erheblich zur Versachlichung der Diskussionen, die wegen der Digitalisierung in vielen Politikfeldern notwendig sind, beitragen wird.

Das wird uns einen neuen Schub in der Beantwortung folgender Fragen geben: Wie gehen wir mit Digitalisierung in unserer Gesellschaft um? Wie nehmen wir die Menschen auf dem Weg der Digitalisierung mit? Wo können wir Ängste nehmen?

Wir müssen uns aber auch folgenden Fragen stellen: Wo müssen wir die Digitalisierung vorantreiben? Und wie müssen wir die Digitalisierung gestalten, damit alle von dieser Entwicklung profitieren? Wie kann man diesen Prozess politisch gestalten, damit er von den Menschen, die in der Digitalisierung leben, noch als eine Form der staatlichen Regulierung anerkannt wird, die akzeptiert wird?

Wenn ich in einem Start-up-Unternehmen bin und etwas über das Arbeitszeitgesetz erzähle, kommt es mir immer so vor, als würde ich von Dingen sprechen, die die Mitarbeiter dort gar nicht mehr verstehen wollen oder können, weil sie einfach in einer völlig anderen Welt leben.

Ist man hingegen auf dem Bau und spricht mit Maurern, sieht die Sache wieder völlig anders aus: Da stimmt heute noch vieles, was wir einst für diese Menschen geregelt haben.

Daher denke ich, dass diese Debatte und auch die Arbeit, die Sie in der Kommission geleistet haben, einen erheblichen Schub in der Digitalisierungsdebatte unseres Landes auslösen werden. Wenn ein Landtag das schafft, kann man nur sagen: À la bonne heure!

Selbstverständlich werden unsere Fachleute im Arbeitsministerium diesen Bericht sehr genau analysieren und sich damit auseinandersetzen. Sicherlich werden auch in der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen in diesen Fragen neue Akzente gesetzt werden, die Sie mit erdacht haben. Dafür brauchen wir jetzt auch ein bisschen Zeit; das ist völlig klar.

Ich möchte aber schon jetzt allen persönlich, aber auch im Namen des Arbeitsministeriums meinen herzlichen Dank für das aussprechen, was Sie geleistet haben.

(Beifall von der CDU, der SPD und der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Laumann war der letzte Redner in der Aussprache zum Abschlussbericht der Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ unter Tagesordnungspunkt 10.

Ich darf feststellen, dass der Landtag den **Abschlussbericht der Enquetekommission Drucksache 17/11130 zur Kenntnis genommen** hat.

Im Namen des Hohen Hauses bedanke auch ich mich. Der Minister hat bereits nicht nur den Mitgliedern der Enquetekommission, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank ausgesprochen. Diesem Dank schließen wir uns alle an.

Die Erstellung des Abschlussberichts ist immer mit sehr viel Arbeit verbunden, auch wenn es hinterher so aussieht, als wäre es ganz einfach gewesen, da auf wunderbare Weise darüber debattiert wird, aber ich weiß, dass darin viel Herzblut steckt.

Deshalb spreche ich allen, die daran mitgewirkt haben, meinen ganz herzlichen Dank aus. Möge der Bericht nicht nur in guten Händen sein, sondern sein

Inhalt auch an vielen Stellen zur Umsetzung kommen, in dieser und in den kommenden Legislaturperioden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD und Herbert Strotebeck [AfD])

Ich rufe auf:

11 Transformationsprozess zur Autobahn GmbH und Zukunftsperspektive für unseren Landesbetrieb Straßen.NRW: Friktionen müssen vermieden und der Kapazitäts-, Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf muss weitergeführt werden

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11106

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Voussem das Wort.

Klaus Voussem (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erfolgsgeschichte des Bauhochlaufs in Nordrhein-Westfalen muss auch in Zukunft weitergeschrieben werden.

Am 1. Januar übergibt der Landesbetrieb Straßen.NRW die Zuständigkeit für Autobahnen an den Bund. Der Stichtag gilt als festgesetzt, weil das Land Nordrhein-Westfalen den Bund bei diesem komplexen Übergang von Beginn an zielgerichtet unterstützt hat. Wenn der Bund nun diese Verantwortung übernimmt, muss es genauso zügig weitergehen wie bisher.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP werden aber weiterhin sorgsam das Auge darauf richten und bieten dem Bund ihre Unterstützung an, damit dieser Prozess schnell und reibungslos funktioniert.

Die volle Handlungsfähigkeit der Autobahn GmbH muss zügig gewährleistet sein. Die Umsetzung dieses sogenannten Transformationsbeschlusses ist dabei eine gewaltige Herausforderung.

Angesichts der Herausforderungen bei der Sanierung und dem Ausbau der Straßeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen kommt einem reibungslosen Übergang der Zuständigkeit vom Landesbetrieb Straßen.NRW zur bundeseigenen Autobahn GmbH größte Bedeutung zu.

Wir wollen uns mit aller Kraft einbringen, um den Aufbauprozess intensiv zu unterstützen. Wir wissen, dass es sich nicht um eine kurzfristige Hilfe, sondern um eine längerfristige Unterstützung handeln muss, um die Erfolgsgeschichte des Bauhochlaufs in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft fortzuschreiben.

Durch das von der NRW-Koalition geforderte Begleitgremium werden der Landtag und die Öffentlichkeit regelmäßig über Verkehrsprojekte im Land unterrichtet. Dazu gehören positive Entwicklungen, aber auch bestehende Defizite. Dieses Gremium soll Ansprechpartner für kommunale Vertreter und Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sein. Nur so können wir auf die Akzeptanz der Bürger bauen.

Dank des Masterplans Bundesfernstraßen, dem elementaren Planungs- und Steuerungsinstrument für Straßenbau- und Sanierungsprojekte, gibt es bereits jetzt mehr Transparenz und Baufortschritt in unserem Land. Ein entsprechendes Arbeitsprogramm soll auch für die Autobahnen weiter fortgeschrieben werden.

Durch frühzeitige Entscheidungen wie beispielsweise, die Zuständigkeit für die Bundesstraßen zu behalten, hat die Landesregierung für gesicherte Rahmenbedingungen, bessere Planbarkeit und klare Entscheidungsgrundlagen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebes gesorgt.

Als einer der führenden Industrie- und Logistikstandorte in Europa und wichtiges Transit- und Zielland für Waren und Verkehrsströme ist Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas auf eine intakte Infrastruktur angewiesen.

Allein der Personenverkehr auf unseren Straßen ist seit dem Jahr 2000 um 15 %, der Güterverkehr sogar um 25 % gestiegen. Nach wie vor besteht ein erheblicher Reparatur- und Investitionsbedarf für unsere Infrastruktur. Gut 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bedürfen wir eines regelrechten Aufbaus West und schieben einen enormen Investitionsstau vor uns her.

Um die nachzuholende Sanierung unserer maroden Straßeninfrastruktur zu erreichen, sind in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen erforderlich. Allein für die Umsetzung der nordrhein-westfälischen Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind 20 Milliarden Euro vorgesehen. Über alle Bereiche der Verkehrsinfrastruktur hinweg werden in den nächsten Jahren voraussichtlich fast 50 Milliarden Euro investiert.

Die Bereitstellung der Finanzmittel allein reicht aber nicht aus, um den Sanierungsstau der vergangenen Jahre aufzulösen. Dazu bedarf es einer Erhöhung der Planungskapazitäten, einer weiteren Steigerung der Effizienz sowie einer Priorisierung bei der Umsetzung von Bauprojekten.

Mit über 170 neuen Stellen für Planer und andere Fachleute beim Landesbetrieb Straßen.NRW und mehr Mitteln für externe Planungsleistungen an Ingenieurbüros sind die Voraussetzungen für den Planungs- und Bauhochlauf seit 2017 in diesem Land geschaffen worden.